

Sozialhilfestatistik und die Städteinitiative Sozialpolitik

Autor(en): **Meier, Ruedi**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **101 (2004)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-839538>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sozialhilfestatistik und die Städteinitiative Sozialpolitik

Mitgliederstädte der Städteinitiative erheben seit fünf Jahren verschiedene Kennzahlen zur kommunalen Sozialhilfe. Die Städteinitiative Sozialpolitik – eine Organisation des Schweizerischen Städteverbands – vertritt die sozialpolitischen Anliegen der Städte gegenüber dem Bund und den Kantonen.

In den Städten werden soziale Brennpunkte zuerst sichtbar. Konjunkturelle Schwächephase hinterlassen hier die grössten arbeitsmarktlichen Probleme, die sich – zeitlich etwas verzögert – auch auf die Fallentwicklung in der Sozialhilfe auswirken. Zudem zahlen die Städte in besonderem Masse für die Lücken, die das System der sozialen Sicherung aufweist: Sie fangen in der Sozialhilfe immer mehr Menschen auf, die das Netz der Sozialversicherungen nicht trägt und finanzieren somit immer häufiger strukturelle Probleme wie Familienarmut.

2003 waren an der Untersuchung der Städteinitiative die Basel, Bern, Frauenfeld, Luzern, St. Gallen, Schaffhausen, Uster, Winterthur und Zürich beteiligt. Ziel dieser Erhebung ist es, die Entwicklung und Veränderungen aufzuzeigen und die Probleme frühzeitig zu erkennen, um rechtzeitig Massnahmen ergreifen zu können sowie die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Diese Kennzahlen sind wichtige Steuerungsgrössen für die kommunale Sozialpolitik und liefern richtungweisende Ergebnisse für einen Vergleich (Benchmarking) zwischen Städten und eine bessere Abstimmung der Zweige der Sozialen Sicherheit mit den Kantonen und dem Bund. Diese Kennzahlenerhebung ist für die Städte mit einem erheblichen zusätzlichen zeitlichen Aufwand und durch die

kantonal unterschiedliche Gesetzgebung in diesem Bereich auch mit etlichen methodischen Schwierigkeiten verbunden.

Die Städteinitiative setzt daher grosse Hoffnungen auf den raschen Aufbau der breit angelegten schweizerischen Sozialhilfestatistik: die Städte müssen danach einmal pro Jahr qualitätsgesicherte Daten aufbereiten, die gesamtschweizerisch nach den gleichen Anforderungen und Definitionen erhoben wurden und daher gute Gewähr für eine Vergleichbarkeit liefern. Diese Datenlieferung ans Bundesamt für Statistik kann für alle Auswertungen im Zusammenhang mit der Sozialhilfe herangezogen werden – so auch für die bisherigen Kennzahlen der Städteinitiative Sozialpolitik.

Bisher konnten die Städte der Romandie und des Tessins aufgrund der sehr unterschiedlichen Organisation der Sozialhilfe in diesen Kantonen nicht einbezogen werden. Im Rahmen der Schweizerischen Statistik sollten diese methodischen Probleme indessen gelöst werden. Da das BFS bisher bereits beratend bei der Kennzahlenberechnung durch die Städteinitiative involviert war, dürfte die Vergleichbarkeit auch mit den bisherigen Erhebungen grundsätzlich gegeben sein. Die Städteinitiative befürwortet daher eine rasche Implementierung der schweizerischen Sozialhilfestatistik in sämtlichen Kantonen und ist gespannt auf die ersten Ergebnisse dieser neuen Statistik. So kann das Frühwarnsystem der Sozialen Sicherheit der Städte rechtzeitig und flächendeckend seine Funktion übernehmen.

*Ruedi Meier, Präsident Städteinitiative,
Michael Hohn, Arbeitsgruppe leitende
Angestellte der Städteinitiative*